

22. Juli 2002

Diskussion um „Besatzungszeit“ in Niederösterreich: Windholz und Stadler verlangen Historikerkommission

Die Briefe und Anrufe jener Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher, die in den Jahren 1945 bis 1955 unter der Besatzung durch die Sowjetarmee materiell und körperlich zu leiden hatten, gingen in die Hunderte. Dies zeige, dass hier ein großer Bedarf bestehe, diese Menschen zu entschädigen und die Zeit auch historisch aufzuarbeiten. Dies erklärten kürzlich Landesrat Ernest Windholz und Volksanwalt Mag. Ewald Stadler. Es handle sich dabei, so Stadler, um erschütternde Berichte, und es zeuge von „Abgehobenheit“ vieler Medien sowie weiter Bereiche der Politik, dass diese Zeit von der „veröffentlichten Meinung“ nicht korrekt wiedergegeben werde. Windholz, der ebenfalls von zahlreichen Reaktionen aus der Bevölkerung berichtete, klassifizierte die Alliierten und insbesondere die Sowjets angesichts der Übergriffe in Niederösterreich als „Verbrecherregime“.

Um diese Zeit aufzuarbeiten, sollte eine „Demokratisierung“ der Zeitgeschichte einsetzen, die die Sicht der Betroffenen berücksichtige. Durch relativ einfache legislative Maßnahmen sei es überdies möglich, in Anerkennung des Leides Entschädigungsforderungen nachzukommen.

Gegen die an ihm geäußerte Kritik, er habe die Besatzungszeit mit der NS-Zeit verglichen, verwarf Stadler vehement. Die Zahl jener Persönlichkeiten aus verschiedenen politischen Lagern, die das Land nach dem 8. Mai 1945 keineswegs als befreit angesehen hätten, sei sehr lange. Er nannte die Namen Figl, Kunschak, Olah, Gruber, Pittermann, Gorbach u.a., die sich sehr kritisch zur Besatzungszeit geäußert hatten. Er kritisierte die heutige VP, dass sie zu diesem Thema nichts zu sagen habe.

Zu diesem Artikel gibt es eine unterstützende Audiodatei. Diese ist zum Download nicht mehr verfügbar. Bitte wenden Sie sich an: presse@noel.gv.at